

Ihre Erststimme für Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit



Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

ich vertrete den Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf seit 2013 im Deutschen Bundestag. Als Bundestagsabgeordnete engagiere ich mich insbesondere im Themenfeld Friedens- und Abrüstungspolitik, Diplomatie, internationale Verhandlungen und Humanitäre Hilfe.

Nach vier Jahren der großen Koalition haben viele Wählerinnen und Wähler den Eindruck, dass der Unterschied zwischen CDU und SPD immer geringer wird. Doch das ist nicht wahr! In der großen Koalition konnten wir beispielsweise Gesetze für **Mindestlohn**, gegen den Missbrauch von **Leiharbeit** und die **Absenkung des Rentenalters** durchsetzen. Dies sind jedoch nur **Kompromisse mit der Union** gewesen, die ihre Schwerpunkte an anderer Stelle setzen. Das reicht mir nicht. Wir wollen daher mit Martin Schulz als Bundeskanzler wieder eine soziale, solidarische und gerechte Politik in unserem Land!

Ganz oben auf unserer Agenda stehen: die **Steuersenkung** für kleine und mittlere Einkommen, eine gerechte **Rente** und der Einstieg in die **Bürgerversicherung** (Krankenversicherung für alle). Auch die **Hartz IV-Gesetze** wollen wir endlich ändern.

Friedenspolitik im Sinne Willy Brandts

Viele Menschen in unserem Land fühlen sich verunsichert und diese Angst wird von Populisten geschürt und ausgenutzt. Es gibt jedoch keine einfachen Antworten! Daher sind meine Themen jetzt wichtiger denn je: **Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit sind die Antwort auf die neuen Unsicherheiten in unserer Welt.**

Mit meinem Plakat werbe ich für eine neue **Friedenspolitik im Sinne Willy Brandts**. Das bedeutet heute, sich international ebenso für Klimaschutz und eine gerechte Verteilung von Vermögen einzusetzen.

Große Unterschiede in der Friedenspolitik

In der UN-Generalversammlung besteht die historische Chance, Atomwaffen weltweit zu ächten. Die Bundesregierung muss sich jetzt zur **Ächtung aller Atomwaffen** bekennen – die CDU möchte jedoch weiter an Atomwaffen festhalten.

Deutschland muss seine Investitionen in **humanitäre Hilfsprojekte** weiter erhöhen, um Menschen in Not zu helfen und Krisengebieten von Morgen vorzubeugen. Die Union plant stattdessen die Verdopplung der **Militärausgaben** auf 70 Milliarden EUR pro Jahr – das ist der falsche Weg!

Bezahlbares Wohnen

In unserem Bezirk haben viele Menschen Sorge vor steigenden Mieten. Wir haben mit der **Mietpreisbremse** einen Versuch unternommen, diese Entwicklung aufzuhalten – bisher mit zu wenig Erfolg. Eine Verschärfung des Gesetzes scheitert an der Union. Im Bezirk will die SPD gefährdete Wohngebiete durch Milieuschutz-Satzungen sichern – das scheitert jedoch am Widerstand der CDU. Auf Landesebene brauchen wir mehr neuen Wohnraum, dazu ist die Schließung des **Flughafens Tegel** nach der BER-Eröffnung notwendig, um dort 9.000 neue Wohnungen zu schaffen.

Seit 1998 hat die SPD den Wahlkreis zweimal direkt geholt. Mit Ihrer Unterstützung gelingt das 2017 erneut!

Kommen Sie mit mir ins Gespräch!

Auf den SPD-Sommerfesten:

13.09. 15-17h Hermann-Ehlers-Platz

16.09. 11-12h Rathaus Zehlendorf

Für diesen Politikwechsel bitte ich um Ihre Erststimme für mich und die Zweitstimme für die SPD, damit Martin Schulz Bundeskanzler werden kann.

Ute Finckh-Krämer

Ihre Ute Finckh-Krämer, MdB

Unser Land braucht den Wechsel

SPD

Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Am 24. September entscheiden Sie über die Zusammensetzung des Bundestags und den Politikwechsel in unserem Land.

Wir werben für unsere beiden zentralen Projekte für mehr Gerechtigkeit:

Erhöhung des Netto-Einkommens:

- Senkung der Einkommenssteuer für kleine und mittlere Einkommen
- Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung
- Senkung der Sozialabgaben für Einkommen zwischen 451 Euro und 1300 Euro
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags für niedrige und mittleren Einkommen ab 2020

Gerechte Besteuerung:

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45% und zusätzlich 3% Reichensteuer ab Einkommen über 250.000 EUR
- Abschaffung der Abgeltungssteuer, so dass Einkommen aus Kapitalanlagen nicht mehr niedriger als Einkommen aus Arbeit versteuert werden
- Gerechtere Belastung großer Erbschaften
- Begrenzung der Managergehälter – keine Mitfinanzierung durch den Steuerzahler

Weitere Schwerpunkte des SPD-Wahlprogramms

Bessere Arbeit – Abschaffung der sachgrundlose Befristung, Recht auf Vollzeit nach vorübergehender Teilzeitbeschäftigung, Einführung einer Mindestausbildungsvergütung

Hartz IV reformieren – Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld durch Qualifizierungsmaßnahmen, Abschaffung der schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige und der Sanktionierung von Leistungen für Kosten der Unterkunft, Verdopplung des Schonvermögens im SGB II

Familie stärken – Reduzierung der Arbeitszeit („Familienarbeitszeit“) bei monatlich 300 EUR Familiengeld, Kinderzuschlag bei niedrigen Einkommen wird automatisch gezahlt, Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kita und Grundschule, Schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren

Sichere Rente – Rentenniveau von 48 Prozent, Beitragssatz nicht über 22 Prozent, keine Anhebung des Renteneintrittsalters, Solidarrente für einen würdigen Ruhestand, Absicherung von Selbstständigen ohne Versorgungswerk

Gesundheit und Pflege – die Bürgerversicherung macht Gesundheit und Pflege bezahlbar, Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege, bessere Arbeitsbedingungen für Hebammen, Freistellung und Teilzeitarbeit zur Pflege von Angehörige bei Lohnausgleich („Familienarbeitszeit“ und „Familiengeld für Pflegenden“)

Bezahlbares Wohnen – Ausbau des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus, besserer Mieterschutz durch Verschärfung der Mietpreisbremse, Einführung des Familienbaugelds für niedrige und mittlere Einkommen, Fortführung der Programme zur Stadtentwicklung wie „Soziale Stadt“

Bessere Bildung – Schulsanierung mit Bundesmitteln, bessere Hochschul-Finanzierung, Abschaffung des Kooperationsverbots, gebührenfreie Bildung und besseres BAföG

Mehr Sicherheit – Schaffung zusätzlicher 15.000 Stellen in den Sicherheitsbehörden, Fortführung der Programme zur Stärkung unserer Demokratie und Engagement wie „Demokratie leben“

Besserer Verbraucherschutz – Stromversorger müssen Preissenkungen weitergeben, Ausbau der Breitbandversorgung, bessere Orientierung durch ein staatliches Tierchutzsiegel, Schaffung des Rechts auf Sammelklage

Einwanderung als Chance – Schaffung eines Einwanderungsgesetzes, Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt

Migrationspolitik – Gerechte Verteilung der Aufgaben in Europa, Fluchtursachen bekämpfen statt Militäretat erhöhen, Ausbau der Sprachkurse, Schutz vor Abschiebung in unsichere Länder, Altfallregelung zum Schutz vor Abschiebung trotz Arbeit oder Schulbesuch

Europa – Einrichtung eines Beschäftigungsfonds gegen Jugendarbeitslosigkeit, Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, Abrüstung und Stopp von Kleinwaffenexporten in Staaten außerhalb von EU und NATO

Gerechtere Firmensteuern – Streichung von Privilegien einzelner Interessengruppen, Einführung europaweiter Steuersätze zur Verhinderung von Steuervermeidung, Einführung der Finanztransaktionssteuer in Europa, Schärfere Verfolgung von Steuerbetrug, -vermeidung und Geldwäsche

Weitere Informationen zum Wahlprogramm: www.spd.de/standpunkte



Ein Politikwechsel ist mit der CDU/CSU nicht zu erreichen.
Darum muss die SPD mit Martin Schulz den Kanzler stellen.

Daher bitten wir Sie am 24. September 2017:

Erststimme für Ute Finckh-Krämer, MdB

Zweitstimme für die SPD für Martin Schulz